

**Anlage 1 zum Zulassungsbescheid: Nebenbestimmungen**

**Die nachstehenden Nebenbestimmungen zur Durchführung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung sind Bestandteil des Zulassungsbescheids vom Aktenzeichen/Trägernummer:**

**1. Inhalt der Zulassung**

Die Zulassung als Träger für die berufsbezogene Sprachförderung durch den Bundesamtsbescheid umfasst die im Bescheid genannten Arten von Berufssprachkursen.

Die Erfüllung aller gesetzlichen, behördlichen, versicherungsrechtlichen sowie steuer- und sozialrechtlichen Verpflichtungen ist vom zugelassenen Träger alleinverantwortlich zu beachten. Das Bundesamt übernimmt keine Haftungsansprüche jeglicher Art.

Teilnehmer an Berufssprachkursen sind bei der zuständigen Berufsgenossenschaft zu melden. Dies gilt auch für die Teilnahme an etwaigen Praktika und Exkursionen im Rahmen der Berufssprachkurse.

Diese Zulassung gilt als Bescheinigung für die Befreiung von der Umsatzsteuer i. S. d. § 4 Nr. 15b Satz 2 Buchstabe C UstG, soweit sich der Standort des Kursträgers in einem Bundesland befindet, das sich generell mit der Anerkennung dieser Zulassung als Bescheinigung für o.g. Zwecke einverstanden erklärt hat.

Der Kursträger der berufsbezogenen Deutschsprachförderung ist verpflichtet, sein Kursangebot sowie verfügbare Plätze nach den Vorgaben des Bundesamtes zu veröffentlichen. Zum derzeitigen Zeitpunkt besteht die Verpflichtung, die Kursangebote in KURSNET der Bundesagentur für Arbeit abzubilden.

In der gesamten Öffentlichkeitsarbeit (beispielsweise in KURSNET, in der Presse, im Internet, bei Veranstaltungen und Tagungen) ist auf die Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beziehungsweise durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hinzuweisen. Dies gilt auch für Publikationen, die im Rahmen der Durchführung von Basis- und Spezialberufssprachkursen erstellt werden. Die Veröffentlichungen sind dem Bundesamt in geeigneter Weise vorab zuzuleiten.

Die Logos des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales dürfen nicht in einer Weise verwendet werden, die den Anschein erweckt,

dass der Kursträger zu hoheitlichem Handeln befugt ist. Sie dürfen insbesondere nicht im Briefkopf verwendet werden.

Der Kursträger ist berechtigt, für sein Angebot der berufsbezogenen Deutschsprachförderung angemessene und geeignete Werbung durchzuführen.

Nur der vom Bundesamt zugelassene Kursträger ist zur Durchführung von Berufssprachkursen gemäß der DeuFöV legitimiert. Die eigenmächtige Übertragung der Zulassung, ganz oder teilweise, ist unzulässig. Kursdurchführung, Administration und Abrechnung der Kurse sowie die Teilnehmerverwaltung sind wesentliche Bestandteile der Trägerzulassung und dürfen nicht auf eine andere Rechtsperson übertragen werden. Bei Zuwiderhandlungen wird die Zulassung für die Zukunft widerrufen und der Kursträger ist für die nächsten drei Jahre von der Zulassung zur Durchführung von Berufssprachkursen nach der Deutschsprachförderverordnung (DeuFöV) ausgeschlossen.

Die Zulassung erstreckt sich auf die in der Anlage zum Bescheid aufgeführten Standorte mit Schulungsstätten und gilt vorbehaltlich ordnungsrechtlicher Änderungen. Die Genehmigung weiterer Schulungsstätten zu zugelassenen Standorten während des Zulassungszeitraums ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.

Der Kursträger ist zur Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung (DeuFöV) sowie der Regelungen in den Konzepten für berufsbezogene Deutschsprachförderung in den jeweils geltenden Fassungen verpflichtet.

Die „Richtlinien des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Abrechnung von berufsbezogenen Deutschsprachkursen im Sinne des § 25 der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung (Abrechnungsrichtlinie – AbrRL DeuFöV)“ sind in der jeweils geltenden Fassung verbindlich. Es gelten die pädagogischen Konzepte in ihrer aktuellen Fassung, es sei denn, es ist anders über die DeuFöV, AbrRL DeuFöV oder Trägerrundschreiben geregelt.

Der Kursträger hat alle im Zusammenhang mit der berufsbezogenen Deutschsprachförderung von ihm eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, die Kooperation mit allen anderen Akteuren in der Deutschsprachförderung zu beachten und alle während der Zulassungszeit durch das Bundesamt getroffenen Regelungen einzuhalten. Die Vorgaben des Bundesamtes sind mit dem Zeitpunkt der Bekanntgabe verbindlich, es sei denn, zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens ist in der Bekanntgabe ausdrücklich ein anderer Termin benannt.

Sämtliche Vorgaben stehen unter [www.bamf.de](http://www.bamf.de) abrufbar bereit. Nachträgliche und ergänzende Regelungen werden vom Bundesamt auf seiner Internetseite [www.bamf.de](http://www.bamf.de) und durch Trägeranschreiben bekanntgegeben.

Der Kursträger hat dafür Sorge zu tragen, dass dem jeweils zuständigen Hauptstandort des Bundesamtes stets die aktuellen Post- und E-Mailadressen vorliegen. Sollte ein Trägeranschreiben nicht zugestellt werden können, weil diese Angaben nicht mehr aktuell sind, muss sich der Kursträger die hieraus entstehenden Folgen zurechnen lassen. Zugleich ist der Kursträger verpflichtet, regelmäßig die Internetseite des Bundesamtes aufzurufen, um sich über eventuelle Neuerungen zu informieren.

Die vom Bundesamt zur Regelung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung im Internet eingeführten Vordrucke, Formulare und Merkblätter sind verbindlich zu verwenden. Sie müssen in der vorgegebenen Form verwendet werden und dürfen nicht verändert werden.

Die mit der Durchführung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung verbundenen Steuerungs-, Koordinierungs- und Kontrollfunktionen liegen beim Bundesamt.

## **2. Grundsätze der Zusammenarbeit des Kursträgers mit dem Bundesamt**

### **2.1 Pflichten gegenüber dem Bundesamt und der Stelle, die die Teilnahmeberechtigung ausgestellt hat**

Der Kursträger veröffentlicht sein Kursangebot sowie die verfügbaren Kursplätze nach den Vorgaben des Bundesamtes in KURSNET.

Der Kursträger erfasst die Anmeldung und die in der Teilnahmeberechtigung aufgeführten Daten und bestätigt schriftlich den voraussichtlichen Zeitpunkt des Kursbeginns (Anmeldebestätigung). Das Original der Teilnahmeberechtigung verbleibt bei dem Kursträger. Nach der Anmeldung übermittelt der Kursträger zügig die Anmeldebestätigung an die die Teilnahmeberechtigung erteilende Stelle.

Der Kursträger nimmt Teilnahmeberechtigte entsprechend ihres Sprachstandes in den geeigneten Kurs auf. Der Sprachstand ist so zu ermitteln, dass eine Zuordnung zum Kurs ermöglicht wird (Einstufungstest). Vorhandene Zertifikate nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen sind dabei zu berücksichtigen, soweit sie nicht älter als sechs Monate sind. Der Kursträger meldet der oder dem Teilnahmeberechtigten und der die Teilnahmeberechtigung erteilenden Stelle zeitnah den ermittelten Sprachstand und den Zeitpunkt des Kursbeginns.

Der Kursträger und die oder der Teilnahmeberechtigte schließen eine vertragliche Vereinbarung über die Teilnahmebedingungen nach Vorgaben des Bundesamtes ab.

Der Kursträger meldet dem Bundesamt vierzehntägig die Zahl aller Anmeldungen für die einzelnen Sprachkurse und deren voraussichtlichen Beginn sowie den Sprachstand der Teilnahmeberechtigten in den vom Bundesamt vorgegebenen Vordrucken. Hier sind auch die Anmeldungen aufzulisten, für die noch kein Kursbeginn genannt werden kann.

In diesem Zusammenhang informiert der Kursträger das Bundesamt zum Zwecke der Steuerung über freie Plätze in den gemeldeten Sprachkursen.

Kommt ein Sprachkurs innerhalb von vier Wochen nach einer Anmeldung nicht zustande, so ist der Kursträger verpflichtet, den betroffenen angemeldeten Teilnahmeberechtigten, das Bundesamt und die die Teilnahmeberechtigung erteilende Stelle unverzüglich über diesen Umstand zu informieren. Im Rahmen der Kooperation aller Akteure vor Ort sollte der Kursträger den Teilnahmeberechtigten an einen anderen Kursträger vermitteln. Das Bundesamt und die die Teilnahmeberechtigung erteilende Stelle sind hierüber ebenfalls in Kenntnis zu setzen. Das Bundesamt hat das Recht, Teilnahmeberechtigte, die beim angemeldeten Träger nicht innerhalb von 4 Wochen einen Kurs beginnen können, an einen anderen zugelassenen Träger zu verweisen.

Sprachkursabbrüche von Teilnehmenden meldet der Kursträger unverzüglich dem Bundesamt und der die Teilnahmeberechtigung erteilenden Stelle. Darüber hinaus informiert der Kursträger bei Personen, die vom Jobcenter zur Teilnahme verpflichtet wurden, das Jobcenter unverzüglich, wenn aufgrund unregelmäßiger Teilnahme ein erfolgreicher Abschluss des Kurses gefährdet ist (i.V.m. § 9 Abs. 5 Satz 2 DeuFöV).

Eine Meldepflicht besteht für den Kursträger insbesondere, wenn Teilnehmende:

- am Tag des Kursbeginns unentschuldigt
- an mindestens drei zusammenhängenden Unterrichtstagen entschuldigt oder unentschuldigt
- mehr als 20 % der Unterrichtseinheiten fehlen.

Fehlt ein Teilnehmender mehr als 30% der Unterrichtseinheiten, die er im Berufssprachkurs besuchen soll, ist ein erfolgreicher Abschluss des Kurses nicht mehr zu erwarten. In diesem Fall hat der Kursträger den Abbruch des Teilnehmenden zunächst an die Arbeitsagentur oder dem Jobcenter zu melden und dem Bundesamt zu melden

Sollte ein Abbruch des gesamten Kurses durch den Kursträger erfolgen müssen, sind die Teilnehmenden in Abstimmung mit dem BAMF in einen alternativen, geeigneten Kurs zu vermitteln.

## **2.2 Weitere Meldepflichten gegenüber dem Bundesamt**

Eine Änderung der Schulungsstätte während eines laufenden Kurses bedarf der Zustimmung durch das Bundesamt.

Ebenso müssen ein Kursabbruch durch den Kursträger oder wesentliche organisatorische Änderungen im Kursverlauf, insbesondere der Wechsel einer Lehrkraft, dem Bundesamt unverzüglich angezeigt werden.

Erkennt der Kursträger, dass er seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, so hat er dies dem Bundesamt unverzüglich mitzuteilen und zu begründen.

## **2.3 Datenübermittlung, Datenschutz**

Die Datenübermittlung an das Bundesamt erfolgt in elektronischer Form. Hierzu ist das vom Bundesamt bereitgestellte Online-Verfahren zu nutzen.

Die bekannt gewordenen Daten dürfen vom Kursträger nur insoweit genutzt werden, als es für die Organisation, Durchführung, Abrechnung und Nachweisführung der berufsbezogenen Deutschsprachförderung erforderlich ist. Jede sonstige Nutzung für weitere Zwecke oder die Weitergabe an nicht berechtigte Dritte ist unzulässig. Der Kursträger ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Teilnehmenden der Berufssprachkurse ist das Infoblatt des Bundesamtes zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für Berufssprachkurse auszuhändigen.

## **2.4 Aufbewahrungsfristen**

Unbeschadet der Datenübermittlung sind Teilnehmerunterlagen im vom Bundesamt bestimmten Umfang, sowie zahlungsbegründende Unterlagen in papiermäßiger Form fünf Jahre lang nach Abschluss des Sprachkurses aufzubewahren.

Den Berechtigungsschein hat der Kursträger nach vollständiger Inanspruchnahme des individuellen Stundenkontingents der oder des Teilnehmenden einschließlich der Testteilnahmen ebenfalls fünf Jahre lang aufzubewahren, ebenso die Einstufungstestunterlagen (Ergebnis-, Antwort- und Interviewbögen).

### **3. Allgemeine Anforderungen**

#### **3.1 Schulungsstätten**

Die Schulungsstätten/Unterrichtsräume müssen dem Stand der Technik, den gesetzlichen Anforderungen sowie bezüglich ihrer Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln den aktuellen Anforderungen der Praxis entsprechen. Für die nach den jeweiligen Lehrplänen zu vermittelnden Kenntnisse müssen die erforderlichen Unterrichtsräume nach Anzahl der Teilnehmenden angemessen sein und die notwendigen Unterrichtsmittel und Geräte nach Art, Anzahl der Teilnehmenden und im benötigten Zeitumfang zur Verfügung stehen. In angemessener Anzahl sollen PCs für Selbstlernphasen bereit gestellt werden.

Zu einer geeigneten räumlichen Ausstattung gehören sanitäre Anlagen in ausreichendem Umfang. Der bauliche Zustand sowie die Sauberkeit und Hygiene von Schulungsstätten und sanitären Einrichtungen müssen eine ordnungsgemäße Kursdurchführung gewährleisten.

#### **3.2 Lehrkräfte**

Der berufsbezogene Deutschunterricht darf nur von Lehrkräften durchgeführt werden, die die Voraussetzungen nach § 18 DeuFöV in Verbindung mit den pädagogischen Konzepten erfüllen.

Auf die Rechte von angestellten und freiberuflich tätigen Lehrkräften, insbesondere auf die Rechtsprechung zu Ansprüchen von freiberuflich, aber arbeitnehmerähnlich Tätigen auf Urlaubsentgelt, wird hingewiesen.

#### **3.3 Lehr- und Lernmittel**

Die Lehr- und Lernmittel werden vom Kursträger unentgeltlich zur Verfügung gestellt, soweit nicht in der Abrechnungsrichtlinie DeuFöV abweichend geregelt.

Die Lehr- und Lernmittel müssen das im jeweiligen pädagogischen Konzept genannte Ziel abbilden. Das Nähere zur Verwendung der Lehr- und Lernmittel kann das Bundesamt in der Abrechnungsrichtlinie und in dem jeweiligen pädagogischen Konzept festlegen.

#### **3.4 Zusammenarbeit, Netzwerkarbeit**

In Zusammenarbeit mit staatlichen Leistungsträgern, dem Bundesamt und anderen Kursträgern vor Ort hat der Kursträger darauf hinzuwirken, dass sich seine Tätigkeit in der Kursdurchführung und entsprechende Angebote anderer Einrichtungen zum Wohl der Teilnahmeberechtigten und im Sinne der Zielsetzung der Deutschsprachförderung wirksam ergänzen. Dazu werden bestehende Netzwerke genutzt bzw. vom Bundesamt eingeführt. Für jeden Standort und den

dazugehörigen Schulungsstätten hat der zugelassene Träger die erforderliche Netzwerkarbeit durch seine jeweiligen vor Ort tätigen Mitarbeiter mit Entscheidungsgewalt sicher zu stellen.

Eine Verweigerung der Netzwerkarbeit/Kooperation führt zu einem Widerruf der Zulassung bzw. zur Nichtberücksichtigung bei einem neuen Antrag, da die Netzwerkarbeit/Kooperation mit den Akteuren vor Ort für den Erfolg der Deutschsprachförderung von entscheidender Bedeutung ist. Bei einer nur sporadischen Beteiligung wird zunächst das Bundesamt eine Abmahnung aussprechen. Tritt keine Verhaltensänderung ein, behält sich das Bundesamt weitere Schritte bis hin zum Widerruf der Zulassung vor.

Bei der Steuerung und Vernetzung des Kursangebotes über das Netzwerk der Kursträger sind die Wahlfreiheit der Teilnahmeberechtigten hinsichtlich der Kursträger und ein an den Integrationsbedürfnissen des Einzelnen ausgerichtetes Kursangebot zu berücksichtigen.

Die Netzwerkarbeit soll neben der zeitnahen Einmündung angemeldeter Teilnahmeberechtigter (innerhalb von 4 Wochen) in einen passenden Kurs besonders die Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen. Ebenso soll den Bedürfnissen von Eltern bei der Kursplanung besonders Rechnung getragen werden. Insbesondere hat der Kursträger die Netzwerkarbeit und Kooperationen so zu gestalten, dass Eltern, deren Teilnahme an einem Sprachkurs wegen fehlender Kinderbetreuung in Frage steht, hinsichtlich Kinderbetreuungsmöglichkeiten beraten und bei der Kontaktaufnahme zu entsprechenden Einrichtungen und Ansprechpartnern unterstützt werden.

### **3.5 Beratungspflicht**

Der Kursträger ist verpflichtet, interessierte Personen über verschiedene Zugangsmöglichkeiten zu einem Berufssprachkurs zu unterrichten, insbesondere über die Arten der Teilnahmeberechtigung gemäß § 4 Absatz 1 DeuFöV.

## **4. Regelungen hinsichtlich der Kursdurchführung**

### **4.1 Ordnungsgemäße Kursteilnahme**

Die ordnungsgemäße Teilnahme hat Auswirkungen auf die Gewährung verschiedener Leistungen durch das Bundesamt an den Teilnahmeberechtigten (z.B. Fahrkostenzuschuss, Kinderbetreuung). Der Kursträger hat die Teilnahmeberechtigten darauf hinzuweisen. Er muss die teilnahmeberechtigten Arbeitnehmer über die Höhe der Kostenbeiträge informieren.

Jedem Teilnahmeberechtigten ist auf Verlangen eine Bescheinigung über seine ordnungsgemäße Teilnahme auszustellen. Teilnehmende, die keine Zertifikatsprüfung ablegen oder die Prüfung

Stand: 04.02.2019

auch bei der Wiederholung nicht bestehen, erhalten vom Kursträger eine Teilnahmebescheinigung, die Angaben zu den erreichten Lernfortschritten enthält. Der Kursträger übermittelt dem Bundesamt und der die Teilnahmeberechtigung erteilenden Stelle das Ergebnis der Zertifikatsprüfung oder bei Nichtbestehen eine Kopie der Teilnahmebescheinigung.

#### **4.2 Bedarfsgerechte Einstufung und Kurszuordnung von Teilnehmern**

Der Kursträger ist grundsätzlich verpflichtet (siehe auch Pkt. 2.1) für jeden Teilnahmeberechtigten vor Beginn des Sprachkurses einen Einstufungstest durchzuführen, sofern kein Zertifikat nach § 8 Absatz 1 DeuFöV vorliegt. Das Testergebnis ist dem Teilnahmeberechtigten mitzuteilen.

Einstufung und Kursverlauf eines Teilnehmers müssen dem Förderbedarf des Teilnehmers entsprechen. Insbesondere vom Ergebnis des Einstufungstests abweichende Einstufungen, sowie Rückstufungen von Teilnehmern in niedrigere Kurse sind nur aus berechtigten pädagogischen Gründen und mit einer entsprechenden schriftlich dokumentierten Begründung zulässig.

#### **4.3 Durchführung der Abschlusstests**

Der Kursträger ist verpflichtet, bestehende lizenzierte Prüfungen für die Teilnahmeberechtigten zu verwenden. Die Kosten dafür werden gesondert abgerechnet (siehe AbrRL DeuFöV). Kursträger sind verpflichtet, im Anschluss an den Kurs zeitnahe Prüfungen im Sinne von § 15 DeuFöV den Kurs zu ermöglichen.

Das Bundesamt behält sich vor, Einstufungs- und Abschlusstest verbindlich vorzugeben.

#### **4.4 Qualitätssicherung**

Beim Kursträger muss ein Qualitätssicherungssystem eingerichtet sein. Ein gleichbleibend hoher Qualitätsstandard ist mittels angemessener und regelmäßig zu pflegender Dokumentation sowie Festlegung von Verantwortlichkeiten sicherzustellen. Hat der Kursträger im Rahmen des Zulassungsverfahrens ein Qualitätszertifikat vorgelegt, welches vor Ablauf des Zulassungszeitraums seine Gültigkeit verliert, so hat er unaufgefordert und rechtzeitig ein Anschlusszertifikat vorzulegen oder den Nachweis über die Durchführung eines anderen im Zulassungsverfahren genannten Qualitätssicherungsverfahren zu erbringen.

#### **4.5 Vor-Ort-Kontrollen**

Das Bundesamt kann unangemeldete Vor-Ort-Kontrollen beim Kursträger durchführen; der Kursträger hat hieran mitzuwirken. Diese Kontrollen beinhalten insbesondere die Überprüfung



der Kursdurchführung und der Verwaltung in Bezug auf die Organisation und Abrechnung der Berufssprachkurse.

Der Kursträger hat dem Bundesamt Auskunft zu erteilen und Einsicht in sämtliche Unterlagen, die die Berufssprachkurse nach DeuFöV und die Teilnehmer betreffen. Dies gilt insbesondere für die den Kostenerstattungsanspruch begründenden Unterlagen und den Verträgen der angestellten oder durch Honorarvertrag beauftragten Lehrkräfte. Die Unterlagen sind auf Verlangen des Bundesamtes herauszugeben. Es ist Zugang zu den Einrichtungen des Kursträgers zu gewähren.

Auf Verlangen des Bundesamtes hat der Kursträger darüber hinaus Einsicht in die Dokumente seiner eingesetzten Instrumente zur Qualitätssicherung zu gewähren, welche der dem Bundesamt vorgelegten Zertifizierung zugrunde liegen.

Prüfinstrumente sind insbesondere Dokumentenprüfung, Begutachtung der Qualitätsstandards, Unterrichtsbeobachtung sowie Befragung der Lehrkräfte und Teilnehmenden. Das Bundesamt, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesrechnungshof können im Verlauf der Berufssprachkurse ohne vorherige Anmeldung die Einhaltung aller vereinbarten Durchführungsbedingungen einschließlich Einstufungs- und Abschlusstests prüfen.

## **5. Organisation der Berufssprachkurse**

### **5.1 Teilnahmeberechtigte**

Es können nur Personen teilnehmen, die im Besitz einer Teilnahmeberechtigung für die Teilnahme an der berufsbezogenen Deutschsprachförderung sind, welche von der Agentur für Arbeit und Jobcenter sowie dem Bundesamt ausgestellt wurden.

Die Aufnahme von Teilnahmeberechtigten kann nur wegen unklarer Identität oder aus sonstigem wichtigen Grund (z. B. Nichteinhaltung der Hausordnung, permanente Störung des Unterrichts, Bedrohung anderer Kursteilnehmer oder Lehrkräfte bzw. Prüfpersonal) verweigert werden. Das Bundesamt ist in diesen Fällen unverzüglich zu benachrichtigen.

### **5.2 Anmeldung des Teilnahmeberechtigten**

Bei der Anmeldung eines Teilnahmeberechtigten ist der Kursträger verpflichtet, sich die Teilnahmeberechtigung vorlegen zu lassen und die hierin angegebenen Personalien mit den Ausweispapieren des Teilnahmeberechtigten abzugleichen. Nach Überprüfung behält der Kursträger die Teilnahmeberechtigung im Original ein.

### 5.3 Abschlüsse/Abrechnung

Sofern die Voraussetzungen für die Garantievergütung nach den Vorgaben der Abrechnungsrichtlinie vorliegen, können folgende Abschlüsse auf die Garantievergütung für Kurse die nach dem 28.02.2019 beginnen, beantragt werden:

- nach 50 durchgeführten Unterrichtseinheiten ein Abschlag in Höhe der auf die ersten 50 durchgeführten Unterrichtseinheiten entfallenden Garantievergütung ,
- nach 50 weiteren, durchgeführten Unterrichtseinheiten in Höhe der auf die 50 weiteren durchgeführten Unterrichtseinheiten entfallenden Garantievergütung und
- weitere Abschlüsse nach jeweils 100 durchgeführten Unterrichtseinheiten in Höhe der auf die jeweils zuletzt durchgeführten 100 Unterrichtseinheiten entfallenden Garantievergütung . Ausgenommen von den Abschlägen sind die letzten 100 Unterrichtseinheiten, die in die Schlussabrechnung aufzunehmen sind.

Nach Beendigung eines Kurses reicht der Kursträger in der Regel innerhalb von 30 Tagen beim Bundesamt den „Abrechnungsbogen -Berufssprachkurs“, die „Anwesenheitsliste – Berufssprachkurs“–“ sowie den „Anhang zur Anwesenheitsliste – tägliche Signatur (Unterschriftenliste)“ für Berufssprachkurse ein. Näheres ist der jeweils aktuellen Abrechnungsrichtlinie zu entnehmen.

### 5.4 Kursträgerwechsel

Im Falle eines Kursträgerwechsels gibt der Kursträger dem Teilnehmereberechtigten den Berechtigungsschein im Original zurück. Ein Trägerwechsel ist grundsätzlich nur dann möglich, wenn eine Einmündung in einen Berufssprachkurs nicht innerhalb der vorgesehenen Frist möglich ist oder besondere Härtefallgründe beim Teilnehmereberechtigten (z.B. Umzug) vorliegen.

## 6. Antrag, Widerruf bzw. Erlöschen der Zulassung

### 6.1 Antragsfrist zur Stellung eines Folgezulassungsantrags

Ein Antrag auf Folgezulassung muss bis zum Ablauf des Zulassungszeitraums der bisherigen Zulassung, in Ausnahmefällen innerhalb eines Monats nach Ablauf der bisherigen Zulassung, beim Bundesamt eingehen. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Erstzulassungsantrag zu stellen.

Muss wegen der Überschreitung dieser Frist ein Erstantrag gestellt werden, wird auch bei diesem Erstantrag im Rahmen der Zuverlässigkeit nach § 21 Absatz1 DeuFöV die bisherige Zusammenarbeit des Kursträgers mit dem Bundesamt bewertet.

## **6.2 Widerruf bzw. Erlöschen der Zulassung**

Sobald einem Kursträger ein Widerrufsbescheid zugegangen oder die Zulassung abgelaufen ist, darf er keine neuen Kurse mit vom Bundesamt geförderten Teilnahmeberechtigten mehr beginnen. Er hat die Teilnahmeberechtigungen an die angemeldeten Teilnehmer zurückzugeben. Einstufungstests dürfen nicht mehr durchgeführt werden. Angemeldete Teilnehmer, die noch nicht in einen Kurs eingemündet sind, sind an einen zugelassenen Kursträger zu vermitteln. Das Bundesamt ist darüber zu informieren.

Soweit vom Bundesamt keine anderweitige Entscheidung getroffen wird, sind bereits begonnene Kurse sowie die dazugehörigen Abschlusstests entsprechend den Regelungen dieses Zulassungsbescheids zu Ende zu führen. Insbesondere dürfen in diesem Fall keine neuen Teilnehmer in diese Kurse aufgenommen werden.

Die Zulassung erlischt, wenn der Kursträger seine Tätigkeit auf Dauer einstellt oder über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr keine Kurse durchgeführt hat, es sei denn, das Nichtzustandekommen von Kursen beruht darauf, dass die zunächst bei dem Kursträger angemeldeten Teilnehmer nach § 22 Absatz 2 der Deutschsprachförderung (DuFöV) einem anderen Kursträger zugewiesen oder an einen anderen Kursträger verwiesen wurden.